

Redebeitrag Cédric Wermuth

Es gilt das gesprochene Wort

Es ist inzwischen zu einer Banalität geworden, aber es scheint mir doch wichtig, dies zu Beginn der Kampagne zur SVP-Chaos-Initiative nochmals als wichtige Rahmenbedingung festzuhalten: Wir erleben gerade eine Zeit des geopolitischen Umbruchs. Die SVP-Initiative ist vor diesem Hintergrund noch mehr aus der Zeit gefallen, als sie ohnehin schon war. Sie bringt eines der radikalsten und extremsten Bevölkerungsexperimente mit sich, dass zumindest Europa nach dem zweiten Weltkrieg gesehen hat. Mindestens in drei geopolitischen Dimensionen ist die Initiative ein Frontalangriff auf die Schweiz:

- **Frontalangriff auf die Beziehungen zu Europa:** Die SVP-Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU und stürzt die Schweiz damit ins Chaos. Wenn die Schweiz 9.5 Millionen Einwohner:innen erreicht, müssen die Bilateralen I und II gekündigt werden. Diese Schwelle werden wir in wenigen Jahren erreichen, es fehlen bloss noch 4% Bevölkerungswachstum. Ab diesem Moment zwingt die Initiative Bundesrat und Parlament Massnahmen im Asylbereich und beim Familiennachzug zu ergreifen. Weder Einschränkungen im Asylbereich noch beim Familiennachzug aus Drittstaaten schenken zahlmässig genug ein. Deshalb wäre automatisch auch der Familiennachzug von EU/EFTA-Bürger:innen betroffen. Konkret heisst das: Die Pflegekraft aus Deutschland, die bei uns in einem Altersheim arbeitet, darf ihre kleine Tochter nicht mehr mit in die Schweiz bringen. Das wäre ein klarer Bruch mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und hätte wegen der Guillotine-Klausel die Kündigung aller bilateralen Verträge zur Folge. Unser Verhältnis zu Europa wäre zerstört. Die Schweiz würde sich in Europa isolieren. Gerade in einer Zeit, in der Trump einen Wirtschaftskrieg gegen Europa und die Schweiz führt, ist das brandgefährlich. Die Schweiz ist mehr denn je auf stabile Beziehungen zu ihren Nachbarländern angewiesen.
- **Frontalangriff auf das Wohlfahrtsmodell:** Die Schweiz ist als offene Volkswirtschaft auf den Austausch mit dem Ausland angewiesen. Insbesondere der für Arbeitskräfte aus der EU offene Arbeitsmarkt ist zentral für unsere Wohlfahrtsmodell, den Service public und die Sozialwerke. Diese Offenheit wird radikal gefährdet und dies bereits am 12 Uhr Mittag am Abstimmungstag, sollte die Initiative angenommen werden. Die grosse Unsicherheit, die die Umsetzung der Initiative mit sich bringen würde, hätte absehbar einen starken Einfluss auf die Lebensentscheide von hunderttausenden von Menschen, die bereits hier leben oder arbeiten oder sich einen entsprechenden Umzug überleben. Wer will sich diese Unsicherheit schon antun?

- **Drittens würde die Initiative die Schweiz über Europa hinaus isolieren.** Wer soll mit einem Land stabile Beziehungen führen, das vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit seinen wichtigsten Partner:innen vertragsbrüchig wird und allenfalls sogar zentrale Abkommen des internationalen Rechts grundlos und einseitig aufkünden müsste? Auf die Verlässlichkeit internationaler Abkommen ist keine Staatengruppe derart angewiesen, wie die Gruppe der kleinen, offenen Volkswirtschaften. Ausgerechnet der UNO-Standort-Schweiz würde massive Zweifel an seiner Verlässlichkeit aufkommen lassen.

Wer an einer solchen Initiative gerade unter den aktuellen Umständen festhält, riskiert die radikale Isolierung der Schweiz – in einer Zeit, in der geopolitische und wirtschaftliche Stabilität wichtiger sind denn je.